

Antrag Küstenwache „wortlos“ angenommen

Unterschiedliche Auffassung bei der Umsetzung vor Ort/ Staatsvertrag als Lösung

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) Ohne Aussprache im Plenum des Deutschen Bundestages wurde der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Optimierung der Deutschen Küstenwache von den Abgeordneten angenommen. Die für die Debatte geplanten Wortbeiträge werden dem Protokoll beigeheftet, damit sich die Parlamentarier und interessierte Bürger über diesen Weg über die Positionen der Parteien informieren können. Die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN begrüßt daher, dass nunmehr nicht nur die CDU/CSU, die FDP sondern auch die Regierungskoalition eine deutliche Verbesserung für den Küstenschutz von Nord- und Ostsee fordern. Damit sind mehrere Anträge in das politische Verfahren eingebracht, die in den zuständigen Ausschüssen behandelt werden müssen. Einen derartigen weitreichenden Schritt auf Bundesebene habe es bisher noch nicht gegeben, meint die SDN und hofft auf Vorschläge seitens der Verwaltungen, die den politischen Auffassungen der Parteien Rechnung tragen.

Gleichwohl erkennt die SDN jedoch derzeit eine Gemengelage, die kein klares Bild für eine Umsetzung bietet. Während die CDU/CSU, FDP und Grüne eine Küstenwache mit umfassenden Kompetenzen und monokratischen Führungsstrukturen fordern, wollen Teile der SPD nur eine möglichst räumliche Zusammenführung von seegehenden Bundes- und Landeskraften. Die schleswig-holsteinische Landesregierung und Landtagsabgeordneten aller Parteien fordern wiederum einstimmig die Schaffung einer Küstenwache mit umfassenden Kompetenzen und schlagen zur Verwirklichung dieser Organisation die Ratifizierung eines Staatsvertrages zwischen Bund und Küstenländern mittels des Rechtsbegriffes der „Organleihe“ vor. Dieser Vorgang würde keine Grundgesetzänderung erfordern. Die niedersächsische Landesregierung hat wiederum den Bund angeboten mit seinen Kräften (BGS, Zoll, WSV Fischereiaufsicht) in die neu zuschaffenden wasserschutzpolizeilichen Leitstellen einzuziehen ohne Änderung der Zuständigkeiten und Beibehaltung der Alltagsstrukturen. Diese Position wird auch von einigen SPD-Bundestagsabgeordneten geteilt.

„Insgesamt eine politisch unklare Lage bezüglich der Umsetzung für eine optimierte Küstenwache“, so SDN-Vorstandssprecher Hans von Wecheln. Daher biete der schleswig-holsteinische Vorschlag derzeit den einzig möglichen Weg, das vom Grundsatz her von vielen Abgeordneten geteilte Ziel für eine verbesserte Zusammenarbeit auf See von Vollzugs- und Bekämpfungskräften (Havariekommando), unterstreicht der Umweltverband und hofft auf eine pragmatische Vorgehensweise der verantwortlichen Politiker.

Der parlamentarische Vorgang selber werfe allerdings ein schlechtes Licht auf die Vorgehensweise im Plenum. Bereits im Januar wurde die Debatte über die Küstenwache im Plenum nicht geführt, da andere Themen derzeit wichtiger erschienen. Wenn nun wiederum dieses Thema „wortlos“ im Plenum verabschiedet werde, könne man daraus schließen, dass den deutschen Parlamentariern eine Debatte über die wichtigen Belange der Küstenbevölkerung nicht von Bedeutung sei. Angesichts der löblichen Forderung von Ministerpräsidentin Heide Simonis, den Meeresschutz als „Chefsache“ auf dem nächsten Ostsee-Gipfel zu erklären, zeige dieser Vorgang in Berlin den Unterschied zwischen politischen Erklärungen und dem „grauen Alltag“ auf. Die SDN geht nunmehr davon aus, dass auch die anderen Regierungschefs der Küstenländer politisch ihre Positionen deutlicher als bisher nutzen werden, damit küstenspezifische Themen zumindest gleichrangig mit anderen Themen im Deutschen Bundestag behandelt werden.

Hans v. von Wecheln

Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN